

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – ZEITUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Mittwoch, 6. Mai 2015 · Nr. 103 · 236. Jg.

gegründet 1780

www.nzz.ch · Fr. 4.40 · € 4.40



Der Wiederaufbau in der Stadt Bhaktapur läuft, doch die Gefahr weiterer Erdbeben in Nepal ist nicht gebannt.

ZUMA / IMAGO

Das Erdbebenrisiko bleibt immens

Seismologische Studien sind pessimistisch für die Himalaja-Region

cah. · Schon seit Jahren warnen Fachleute vor Erdbeben im Himalaja-Gebiet, das als sehr gefährdet gilt. Seit Jahrhunderten hatten sich im mittleren Bereich des Himalaja-Bogens keine schweren Erdbeben mehr ereignet. Die jüngsten Beben haben jedoch nur einen Viertel der aufgebauten Spannung freigesetzt. Fachleute vermuten, dass die

Erdkruste im Gebiet um die nepalesische Hauptstadt Kathmandu kurz vor einem Bruch stehe.

Neben Nepal könnte in Zukunft auch Nordindien betroffen sein, das beim Beben vom April Glück hatte. Dort gehen Katastrophenszenarien von Opferzahlen aus, die massiv höher sind als beim Beben in Nepal.

Das schwere Beben hat auch die Saison der Everest-Besteigungen vorzeitig beendet. Diese dauert normalerweise bis Ende Mai. Die Schäden an der Aufstiegsroute können bis dahin aber nicht behoben werden. Danach setzt der Monsun ein.

Panorama, Seite 22
Forschung und Technik, Seite 55

Frankreich verstärkt Nachrichtendienste

Breite Unterstützung für die Regierung

Frankreichs Nationalversammlung will, dass mutmassliche Terroristen besser aufgespürt und beschattet werden können. Auch Spionagenetze und das organisierte Verbrechen sollen wirkungsvoller bekämpft werden.

Nikos Tzermias, Paris

Rund vier Monate nach den Anschlägen auf die Redaktion von «Charlie Hebdo» und auf einen koscheren Supermarkt in Paris hat die französische Nationalversammlung am Dienstag nachmittag in erster Lesung ein Gesetz zur Aufrüstung der Nachrichtendienste verabschiedet. Diese sollen mehr Kompetenzen und Mittel erhalten. Das allerdings nicht nur zur besseren Aufspürung und Beschattung mutmasslicher Terroristen, sondern laut Regierung auch zur wirkungsvolleren Bekämpfung internationaler Spionagenetze und des organisierten Verbrechens.

Die Gesetzesvorlage der Regierung hatte während der letzten Monate trotz der akuten terroristischen Gefahr für heftige Debatten gesorgt, wurde dann aber am Dienstag dank der breiten Unterstützung im bürgerlich-konservativen Oppositionslager mit einer überwältigenden Mehrheit von 438 gegen 86 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten vorab linksradikale und grüne Parlamentarier. Kritiker hatten der Regierung vorgeworfen, dass sie einen freiheitsfeindlichen orwellischen Überwa-

chungsstaat schaffen wolle. Die Kritik wirkte indes reichlich übertrieben.

Das neue Gesetz geht bei weitem nicht so weit wie die amerikanische Patriot Act. Es dient in erster Linie einer in anderen europäischen Ländern längst vollzogenen Anpassung der Gesetzgebung für die Nachrichtendienste an das digitale Zeitalter. Das frühere Gesetz stammte aus dem Jahre 1991, als noch die Telekommunikation per Draht dominierte. Gegner des Gesetzes haben suggeriert, dass eine massenweise Überwachung nach dem Gutdünken des jeweiligen Regierungschefs drohe. Tatsächlich sollen die Kontrollen für eine schon bisher mögliche, sogenannte administrative, das heisst nicht von Richtern gebilligte Überwachungsaktion erheblich verschärft werden.

Ein neues Kontrollorgan mit sechs Richtern, sechs Parlamentariern aus Regierungslager und Opposition sowie mit einem technischen Experten wird geschaffen. Es soll in der Regel vor jedem Lauschangriff konsultiert werden, und es kann, falls seinem Rat nicht gefolgt wird, Rekurs beim Staatsrat einlegen. Bisher hatte es nur nachträgliche Kontrollen gegeben. Zudem schützt das Gesetz Agenten, die illegale Praktiken melden.

Die Nachrichtendienste sollen neu das Internet systematisch durchforsten können, um Terroristen und andere Delinquenten aufzuspüren. Doch dürfen sie nur Metadaten und nicht die eigentlichen Inhalte der Kommunikationen überwachen. Selbst diese Metadaten sollen angeblich nicht aufbewahrt werden.

Shoah-Überlebende in Zürich erzählen

bai. · Vor 70 Jahren haben die Alliierten das Konzentrationslager Dachau befreit. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hörte der Terror der Nationalsozialisten auf, dem sechs Millionen Juden zum Opfer fielen. Nur wenige überlebten den Genozid. Vier heute im Raum Zürich wohnhafte Personen, die nach Auschwitz, Dachau und Bergen-Belsen deportiert worden waren, erzählen vom Leidensweg durch die Shoah.

Zürich und Region, Seite 14, 15

Lobby-Affäre um Markwalder

Kasachische Manöver im Bundeshaus

hä. · Das kasachische Lobbying in Bern ist umfangreicher als bisher bekannt. Neben Alt-Botschafter Thomas Borer hatte auch die PR-Agentur Burson-Marsteller ein Mandat eines undurchsichtigen kasachischen Politikers.

In dessen Auftrag verfasste die PR-Agentur mehrere parlamentarische Vorstösse, die von der designierten Nationalratspräsidentin Christa Markwalder (fdp., Bern) eingereicht wurden. Die

Vorstösse wurden teilweise in Kasachstan formuliert; das geht aus E-Mails hervor, die der NZZ vorliegen. Schliesslich stellte Burson-Marsteller den Kasachen für die Vorstösse über 7000 Franken in Rechnung. Markwalder sagt, sie sei über die Vorgänge «schockiert». Sie habe nicht gewusst, dass Burson-Marsteller jeden Schritt mit Kasachstan abgesprochen habe.

Schweiz, Seite 9

Unsicherheit lähmt Griechenland

Schuldenpoker provoziert Spannungen unter den Gebern

Ht. · Die Ungewissheit über den Fortgang des Reform- und Hilfspakets für Griechenland hinterlässt Spuren. Die EU-Kommission hat in ihrer am Dienstag vorgelegten Frühjahrsprognose die Wachstumsaussichten für das Land massiv zurückgenommen. Statt eines Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts um 2,5 Prozent erwartet sie für 2015 nur noch 0,5 Prozent. Damit werden die Sanierung des Haushalts und der Schul-

denabbau noch schwieriger. Vor diesem Hintergrund gibt es Spannungen zwischen dem Internationalen Währungsfonds, der auf einem harten Kurs beharrt, und der EU-Kommission, die auf einen Abschluss der Verhandlungen über das Reformpaket drängt. Athen nutzt dies für Schuldzuweisungen an die Geber.

Meinung & Debatte, Seite 21
Wirtschaft, Seite 23

ANZEIGE

CLASSIQUE CHRONOMÉTRIE – WWW.BREGUET.COM

WETTER

Nach dem Regen kommt Sonne

Zunächst bewölkt und an den zentralen sowie östlichen Voralpen und Alpen noch etwas Niederschlag. Im Tagesverlauf Bewölkungsauflockerung und zeitweise sonnig. Temperaturen um 20 Grad. Alpensüdseite: Am Morgen letzte Regenschauer, dann Übergang zu ziemlich sonnigem Wetter.

Seite 51

BÖRSE

| | | | |
|-------------------|----------|---|--------|
| Dow Jones | 17928,20 | ▼ | -0,79% |
| SMI | 9024,38 | ▼ | -0,79% |
| Euro in Franken | 1,037 | ▼ | -0,37% |
| Erdöl (WTI in \$) | 60,41 | ▲ | 2,55% |

Seite 31

INTERNATIONAL

Le Pen hofft, dass seine Tochter scheidet

Seite 3

INTERNATIONAL

Heimkehr einer illegal Eingewanderten

Seite 7

ZÜRICH UND REGION

Boulevardcafé am Zürcher Helvetiaplatz

Seite 13

WIRTSCHAFT

UBS macht es besser als die Konkurrenz

Seite 27

SPORT

Guardiolas Rückkehr nach Barcelona

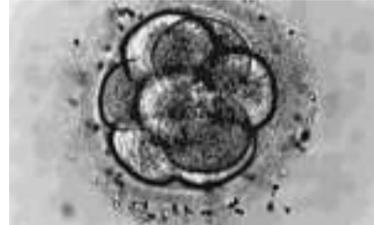
Seite 44

FEUILLETON

Renzo Pianos neues Museum in New York

Seite 45

Gentests am Embryo



Die Schweiz gehört in Europa zu den letzten Ländern, in denen die Präimplantationsdiagnostik (PID) noch verboten ist. Aus medizinischer Sicht sollte dies geändert werden. Denn in der Sache ist die PID nur die frühestmögliche Form der etablierten und breit akzeptierten Pränataldiagnostik.

Forschung und Technik, Seite 56

